

Montag, 20. Juli 2020

Dokument 89 (2019-2020)

Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament!

wer von uns hätte an Silvester gedacht, dass das Jahr 2020 solch ein Jahr wird:

- ein Jahr im Ausnahmezustand;
- ein Jahr, in dem soziale Kontakte, Berufs- und Familienleben – die Lebensgewohnheiten in nie dagewesener Weise beeinträchtigt wurden;
- ein Jahr, dessen Ausgang noch ungewiss ist.

Die vom Nationalen Sicherheitsrat getroffenen Entscheidungen waren und sind noch immer drastisch. Es galt und gilt, den Spagat zu schaffen zwischen der Wahrung fundamentaler Grundrechte und dem Schutz von Menschenleben.

Es bedurfte eines schnellen Handelns der Verantwortlichen in Brüssel. Aber nicht nur dort, sondern auch in Eupen. Ministerpräsident Paasch hat in diesem Gremium die Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr gut und bürgernah vertreten.

Mit allem was da so beschlossen wurde, war ganz bestimmt nicht jeder einverstanden.

Und trotzdem – so ist es zumindest mir ergangen – war ich froh, dass es im Verlauf dieser Krise, einen Plan gibt.

Einen Plan, der von allen Gliedstaaten getragen und im Groben eine einheitliche Vorgehensweise vorsieht.

Und ja, natürlich kam das Ganze auch mir manchmal wie ein Schlingerkurs vor.

Denken wir nur an das Thema Masken... und auch die Kommunikation war und ist beizeiten – in der letzten Woche ist dies nochmal sehr deutlich geworden - sehr kritikwürdig.

A propos Kommunikation: Von der einen oder anderen Stimme hier im Haus habe ich gehört, dass die Kommunikation „unserer“ Minister nicht kohärent oder einheitlich gewesen sei.

Ich kann mich dieser Kritik nicht anschließen. In diesen Krisenzeiten konnte man gar nicht genug kommunizieren, sprich informieren, Maßnahmen und Hintergründe erläutern und sich mit den Ängsten und Sorgen der Menschen auseinandersetzen. Da schadet es nicht, dass manchmal der Eindruck des

„Doppeltmoppeln“ entstanden ist. In unseren Augen hat man das bestmöglich getan und ich möchte auch einmal hier an dieser Stelle sagen, dass die Krise auch von unserer Regierung einiges abverlangt hat.

Keinen Menschen auf der Welt hat die Corona-Krise nicht berührt. Ein jeder hat dazu seine eigene Wahrnehmung. Einige Menschen können auch Positives berichten, sei es, dass sie die Ruhe, Zeit mit der Familie und die allgemeine Entschleunigung in unserer hektischen Welt genießen konnten. Andere können der Krise nichts Erfreuliches abgewinnen, im Gegenteil. Diese Menschen stehen ganz konkret vor der Existenzgefährdung, weil die wirtschaftliche Krise sie ans Ende des Erträglichen gebracht hat.

In dieser sehr emotional geführten Debatte ist es zu kurz gegriffen, schnell ein Richtig oder Falsch auszumachen.

Manche Menschen finden die getroffenen Maßnahmen völlig überzogen; andere fühlen sich unsicher und haben die Maskenpflicht geradezu gefordert.

Welches der beste Weg gewesen wäre, wissen wir wahrscheinlich erst nach der Krise.

Und natürlich sind auch Fehler gemacht worden.

Und die muss man in den Fokus nehmen, dass falls es nochmal zu solch einer sanitären Krise kommen würde, wir besser gewappnet sind und waren als heute.

Von daher ist die Einsetzung eines Sonderausschusses, der gerade dies beleuchtet, der richtige Weg.

Der Wirtschaftsjournalist Ranga Yogeshwar meint dazu:

„Statt die Maßnahmen als Erfolg zu feiern und sich über den bislang glimpflichen Verlauf zu freuen, wächst die Kritik an den Experten.

Ein Irrsinn: Würden wir die Feuerwehr abschaffen, nur weil es im vergangenen Jahr nicht gebrannt hat?“

Das Problem ist, dass keiner dieses Virus kennt.

Auf Fakten können wir uns bedingt basieren, es liegen zu wenige vor.

Was mich trotzdem erstaunt, dass einige Menschen noch immer von einer einfachen Grippe sprechen. Schau ich mir an, was sogenannte „Zeitzeugen“, die erkrankt waren oder sind, zu sagen haben, bin ich betroffen und auch ein Stück weit beängstigt.

Ich denke, dass wir dieses Virus nicht unterschätzen dürfen, die Gefahr, die von ihm ausgeht, ernst nehmen und nicht jegliche Sicherheitsaspekte wie die Abstandsregelung oder das Maskentragen über Bord werfen, weil wir „corona-müde“ sind, wie es in einem BRF-Kommentar ausgedrückt wurde.

Kolleginnen und Kollegen, wer von uns ist nicht „corona-müde“?

Wer von uns würde nicht lieber heute als morgen noch etwas von dem Virus sehen oder hören, geschweige denn spüren wollen?

Und trotzdem kann/könnte diese Krise auch Chancen bieten. Ich gebe diesbezüglich die Hoffnung nicht auf, wenn auch mich die eine oder andere Reaktion nicht nur überrascht, sondern auch sprachlos macht. Dass mittlerweile der Virologe Marc Van Ranst unter Polizeischutz steht, weil es Drohungen aus rechtsextremem Kreisen gibt, ja – das macht mich sprachlos.

Doch zurück zu den positiven Aspekten, die wir vielleicht aus dieser Zeit mitnehmen können. Aufgrund meiner begrenzten Redezeit möchte ich mich auf das Nennen einiger Schlagwörter beschränken:

- die Stärkung des lokalen Handels,
- das Suchen und Finden kreativer Lösungen,
- weiteres ehrenamtliches Engagement,
- das Bündeln von Kräften und über allem die Solidarität.

Nun möchte ich noch auf zwei Bereiche, die die Deutschsprachige Gemeinschaft im Besonderen betreffen, eingehen.

Beginnen möchte ich mit dem Bildungswesen:

Auch hier bedeutet die Coronakrise eine besondere Herausforderung. Denn vorbereitet auf solch eine Situation war auch hier keiner. Von heute auf morgen hieß es Fernunterricht zu organisieren, für eine Betreuung in den Schulen während des Lockdowns zu sorgen, „preteaching“ durchzuführen.

Doch allein gelassen hat man die Schulen nicht, im Gegenteil – an drei Beispielen möchte ich dies verdeutlichen:

- Um sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken, hat die Regierung über die Schulen und ZAWM 500 Laptops an bedürftige Schüler verteilt.
- In zahlreichen Schulleiterversammlungen wurde die Wiederaufnahme des Unterrichts und die damit verbundenen Vorschriften besprochen.
- Mehrtägige Schulreisen mussten aufgrund des Corona-Virus storniert werden. Nicht allen betroffenen Schulen wurden die bereits geleistete Anzahlungen rückerstattet. Die Regierung hat deshalb beschlossen, diese Kosten anstelle der Erziehungsberechtigten zu übernehmen.

Und trotzdem möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass vielen einiges, machen sehr vieles abverlangt worden ist.

Manche haben sich weit über ihre reguläre Arbeitszeit hinaus investiert.

Und ja, es gab auch andere, die wahrscheinlich nicht so gefordert waren wie im regulären Schulalltag.

Alle haben weiterhin ihren Lohn erhalten.

Ich möchte diesbezüglich an alle appellieren, von allem an die Kollegen von Vivant, hier keine Neiddebatte vom Zaun zu brechen.

Denn wer von uns kann denn genau beurteilen, welcher Lehrer/welche Lehrerin/welches Personalmitglied im Unterrichtswesen in dieser Krise was

geleistet hat?

Ich denke nicht, dass wir hier einen gemeinsamen Nenner finden würden.

Der Kultursektor ist einer der Sektoren, die es besonders hart getroffen hat und noch trifft.

Da die Eigenwirtschaftlichkeit der Kulturträger in der DG mit ca. 50% vergleichsweise sehr hoch ist, sind die Folgen des Lockdowns durch Einnahmeausfälle für unseren Kultursektor verheerend.

Drei Soforthilfen wurden ins Leben gerufen:

- eine Zuschussgarantie, bei Aussetzung quantitativer Kriterien
- eine Liquiditätssteigerung durch die vorzeitige Auszahlung von Fördergeldern
- finanzielle Direkthilfen aus dem Corona-Hilfsfonds.

Die professionellen Kulturträger wurden dazu angehalten, den Künstlern und Technikern, deren Auftritte prämiertenbedingt nicht stattfinden konnten, einen Honorarausgleich zu zahlen.

Zudem wurde eine sogenannte „Auftrittsprämie“ für Kulturschaffende ins Leben gerufen. Künstler auf der Bühne, aber auch Techniker hinter der Bühne sollen in Zukunft eine Prämie von 250 Euro pro Auftritt beziehungsweise pro Dienstleistung erhalten.

Zum Schluss möchte ich erwähnen, dass für beide Bereiche die Konferenzen der Bildungs- und die Treffen der Kulturminister richtungsweisend waren. Auch hier konnte unsere kleine Gemeinschaft ihren Beitrag leisten, unserer Autonomie sei Dank.

Kolleginnen und Kollegen, wer von uns weiß, wann diese Krise endet, wohin sie uns noch führen wird und welche Auswirkungen uns alle noch erwarten wird?

Keiner!

Sicher ist aber, dass wir alle in der Verantwortung stehen, die richtigen Lehren zu ziehen und Ostbelgien bestmöglich aus dieser Krise zu bringen.

Das sollte unser aller Auftrag sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!